

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Sichtung der zuletzt verfügbaren Unterlagen zur vorgesehenen Flüchtlingsunterkunft (u.a. auf der Informationsveranstaltung Ende November) bitten wir Sie um Stellungnahme zu und Behandlung der nachfolgenden Anmerkungen.

1) Art des Umgangs mit bzw. Irreführung der Bürgern:

Völlig losgelöst von der sachlich-inhaltlichen Beurteilung (siehe Punkt 2), hier kann man in einer Demokratie nun einmal jeweils andere Ansichten haben und dies ist zu akzeptieren, entsetzt uns der hier erlebte Umgang staatlicher/politischer Stellen mit den Bürgern, konkret die folgenden Punkte (exemplarisch):

- Die gesamte Diskussion wurde geführt vor dem Hintergrund, dass angabegemäß für Flüchtlinge ein anders nicht zu lösendes Unterbringungsproblem bestünde und somit der Bau der Unterkunft ausschließlich und explizit betont nur für Flüchtlinge erfolgt, zeitlich klar befristet ist und insb. auch vor Ablauf der zehn Jahre ein Rückbau möglich ist, sofern denn dann kein hinreichender Bedarf für die Unterbringung von Flüchtlingen mehr bestehen sollte – hier wurde seitens der Bürger immer wieder nachgefragt, so lautete die Antwort und so wurde auch seitens der Bezirksversammlung beschlossen. Wir waren selbst anwesend als Herr Domres von der SPD vor der Beschlussfassung zusammenfasste: i) nur für Flüchtlinge, ii) nur solange tatsächlich Bedarf ist und iii) danach Rückbau und Renaturierung – Dies findet sich aber in der Umsetzung nicht wieder! Nun ist von einer öffentlich-rechtlichen Unterbringung die Rede für diverse Personengruppen und bereits in der Informationsveranstaltung wurde seitens der vortragenden Behördenvertreter auch die zeitliche Befristung nicht mehr ernst genommen.
- Das ist wirklich demokratiefeindlicher Umgang mit Bürgern, deren Vertretung die gewählten Abgeordnete sein sollten. In diesen Tagen ist viel von Verantwortung von Parteien und Politikern die Rede,

bei diesem, im Vergleich natürlich nur lokalen aber für uns hochgradig relevantem Thema, spüren wir leider keine Verantwortung der Politiker bzw. der ausführenden staatlichen Stellen. Es kann doch nicht sein, dass monatelange immer wieder klar vorgetragene Positionen sofort wieder abgeräumt werden und die Bürger sich fragen müssen, ob man sie auch nur annäherungsweise ernst nimmt. In einer Demokratie ist auf die berechtigten Interessen aller Gruppen zu achten und insgesamt ein vernünftiger Kompromiss anzustreben!

Ergänzend hierzu:

- Verweigerung eines echten Dialogs mit den Anwohnern (damit meinen wir nicht das ohnehin vorgeschriebene Absolvieren von einseitigen Informationsveranstaltungen) – dies ist sogar ausdrücklich mit den Bürgerinitiativen als Bürgervertrag vereinbart worden, wird von der Stadt und dem Bezirk aber einfach ignoriert – ein echter Dialog bei dem über Details einer konkreten Umsetzung gesprochen wird könnte eine Akzeptanz bedeutend erhöhen, setzt aber voraus, dass ein solcher Dialog auch wirklich mit Kompromisswillen geführt wird
- Die Politik der Nicht-Plakatierung der entsprechenden Veranstaltungen (zumindest in unserer Nachbarschaft) und wiederholt nie angekommene Informations-Flugblätter (wir haben uns bei vielen Anwohnern erkundigt, niemand der angesprochenen Nachbarn hat etwas erhalten) “runden diesen Eindruck ab”

Dass gleichzeitig die meisten in der Bezirksversammlung vertretenen Parteien ausdrücklich den Aspekt einer möglichst umfassenden Bürgerbeteiligung in ihren jeweiligen Parteiprogrammen oder auch auf persönlichen Abgeordneten-Homepages hochhalten wirkt in diesem Zusammenhang wie ein schlechter Scherz.

2) Inhaltlich zum Projekt selbst (Hauptpunkte):

- Es werden Millionen in eine temporäre Unterkunft gesteckt – deutschlandweit stehen dagegen Unterkünfte an vielen Stellen leer. Das kann man niemanden vermitteln und die Antwort Verteilungsschlüssel führt nicht weiter, wenn in (einigen) Großstädten massive Probleme bestehen und an anderen Stellen nicht, dann stimmt halt der Schlüssel nicht und muss von der Landesregierung (Senat) halt aufgegriffen werden
- Das konkrete Projekt wird immer teurer, da der Standort wie jedem Anwohner von vornherein klar war, eben gerade nicht gut geeignet ist (unmittelbare Nähe U-Bahn und komplett neu zu erschließendes Grundstück) – dies wurde als Argument immer weggewischt, nun ist es natürlich doch so, die aufwendigere Bauausführung aufgrund der Nähe zum Schienenverkehr wurde auf der Informationsveranstaltung ja bestätigt.
- Das Geld wäre erheblich besser als Investition in bezahlbaren Wohnraum angelegt, da dann nämlich dauerhaft wirkend
- Es wird wieder ein Grünfläche zugebaut, auf bereits versiegelte Flächen (z.B. Raum Oderfeldstraße gern aber auch hier in unmittelbarer Nähe) wird nicht zugegriffen

Das Ganze wirkt auf uns so, als ob nach einem aus welchen Gründen auch immer missglücktem Projekt einer Großunterbringung an der Oderfeldstraße (wir kennen die Hintergründe nicht und können das nicht beurteilen) nunmehr verzweifelt versucht wird, aus politischen Gründen unbedingt (“koste es was es wolle”) so schnell es geht ein Ergebnis zu zeigen. Verantwortungsvoller Umgang mit den ebenfalls berechtigten Interessen der Anwohner wie auch insgesamt mit (begrenzten) Steuermitteln sieht anders aus.

Unsere Bitte:

Wir bitten Sie nachdrücklich, die vorstehenden Punkte zu berücksichtigen. Wirklicher Mut wäre es, wenn Sie die Entscheidung für den Standort Loogestraße aufgrund der gegebenen Sachargumente, u.a. auch

